

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 113 (1987)
Heft: 41

Illustration: Berner Justiz
Autor: Büchi, Werner

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Berner Regierungsräte müssen nun doch nicht vor den Richter: Die Untersuchungsbehörden haben das Strafverfahren wegen Verdachts auf missbräuchliche Verwendung von Lotteriegeldern eingestellt. Wegen «fahrlässigen Verhaltens» sollen die Magistraten jedoch die Untersuchungskosten tragen.



Berner Justiz

«Tüet ne nid wecke – mir hei ne müed gmacht!»

Einfälle und Ausfälle

Von Hans Derendinger

- Wir bestellen wieder einmal unser Parlament.
Und darin sitzen dann diejenigen, welche wir nicht bestellt haben.
- Es fehlt nicht an Auswahl, aber man hat fast keine Wahl.
- Marktforscher finden heraus, in welcher Verpackung sich eine Ware am besten verkauft, sei es ein Waschpulver, sei es Politik.
- Auf die Parolen könnt ihr euch verlassen, nicht aber auf jene, die sie ausgegeben haben.
- Mit ihrem «Leistungsausweis» belegen die Kandidaten, was sie können.
Wir aber möchten vor allem wissen, was sie wollen.
- Wählt diejenigen, welche ohne Aussicht kandidieren:
Sie werden euch nie enttäuschen!

Erwin A. Sautter

Warum denn so staatsverdrossen?

Der ständerätliche Streit um die Restwassermengen in unseren Gebirgsbächen hat wenigstens wieder einmal Licht in die politische Verfälschung unserer eidgenössischen Räte gebracht. Wer allerdings den Bestseller «Wer regiert die Schweiz?» von Hans Tschäni (Serie Piper, Band 508) in stillen Stunden gelesen hat, blieb gelassen. Was der Beobachter Tschäni in seiner «kritischen Untersuchung über den Einfluss von Lobby und Verbänden in der schweizerischen Demokratie» darlegte, wurde einmal mehr dem Volk vorexerziert. «Fast alle Ständeräte, welche sich heftig gegen die Vorlage engagierten, sitzen in Verwaltungsräten von Elektrizitätsgesellschaften», stellt der *Tages-Anzeiger* fest. Redaktor Peter Baumgartner ging noch einen Schritt weiter und kam in der gleichen Zeitung zum traurigen Schluss, dass der Auftrag zum Schutz der Gewässer vom Ständerat mehrheitlich nicht verstanden werde: «Das fördert Staatsverdrossenheit.»

Staatsverdrossenheit? Hatten wir nicht im Frühling von diesem Phänomen gelesen, das es zu bekämpfen gelte? Da hatte doch der Verein Zürcherischer Gemeindeschreiber und Verwaltungsbeamter (VZGV) mit dem kantonalen Verband der Gemeindepräsidenten eine Kampagne gegen die Staatsverdrossenheit lanciert. Das Ziel: Die Kontakte zwischen Bürger und Verwaltung optimieren und immer wieder zutage tretende Spannungen abbauen. Das Projekt des VZGV und des Gemeindepräsidentenverbandes trägt das Motto «Im Dienste aller».

Es ist durchaus möglich, dass die durch Verwaltungsratssitzungen zu stark vom Alltag absorbierten Ständeräte keine Zeit gefunden haben, sich mit der Basisarbeit der Gemeindeschreiber, Verwaltungsbeamten und Gemeindepräsidenten zu befassen, die dem Bürger täglich von Antlitz zu Antlitz gegenüberstehen. Das Motto «Im Dienste aller» – und nicht nur ihrer Gesellschaft – sollte einem Volksvertreter trotzdem einigermassen geläufig sein.